

des vergangenen Jahres bei den Unionsparteien nicht völlig fehlten, die Szene bestimmten die Positionen, gegen die sich nun die fünf MdBs mit Unterstützung der *Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft* (CDA) vehement aussprechen. Selbst wenn absehbar ist, daß diese Positionen in den Unionsparteien, und zwar nicht nur wegen der CSU, gegenwärtig nicht konsensfähig sind, wird die CDU/CSU, aber auch die FDP mit ihren nicht gerade einheitlichen Positionen einer erneuten Asylantendebatte nicht ganz aus dem Wege gehen können.

Klar ist aber auch, daß das Thema es überall besonders schwer hat. Mit ihm lassen sich keine Wählerstimmen fangen. So bleibt zu hoffen, daß die Initiative der fünf Abgeordneten nicht nur etwas taugt, wenn es gilt, auf das C in der Union hinzuweisen, sondern auch, wenn praktische Politik gemacht wird.

Wechsel

Das Ungewöhnliche und Gewöhnliche an der Hessenwahl

Am Tag nach der Hessenwahl überboten sich die professionellen Kommentatoren gegenseitig mit dramatischen Formulierungen. Von „Umbruch“ war die Rede, von „Sensation“, von „Machtwechsel“, von „einer historischen Zäsur nach 41jähriger SPD-Vorherrschaft“. Das klang so, als ob eine mittlere Groß-Macht ihr Regime geändert hätte. Der Überschwang in der Kommentierung mochte nach der Wechselbad-Wahlnacht, dem drohenden Patt und den falschen Prognosen – die richtigen, die es auch gab, blieben unerwähnt – verständlich sein.

Psychologisch erklärt sich dieser Überschwang wohl nicht zuletzt aus der Überraschung; man hatte einen Regierungswechsel nach dieser Wahl – offenbar galt das sogar für die Gewinner der Wahl – einfach nicht für möglich gehalten, obwohl die Ge-

samtkonstellation eigentlich für einen Wechsel sprach: Die Erfahrungen mit der rot-grünen Koalition waren nicht so positiv; ihre Fortsetzung nach herbeigeführtem Bruch nicht so plausibel, daß ihr spontan Wählermassen in die Arme laufen konnten; der CDU-Spitzenbewerber – siehe Frankfurt – war besser eingeführt als der der SPD usw.

Aber einen Einschnitt, ob er nun von den Erwartungen her plausibel war oder nicht, bedeutete die Wahl allemal. Zum erstenmal in der Nachkriegszeit wurde in Hessen der Weg zu einer von der CDU geführten Regierung frei, zum erstenmal kam es nach einer Bundestagswahl zu einem Regierungswechsel in einem Bundesland zugunsten der in Bonn Regierenden, und die SPD sank in Hessen, das gemeinhin als SPD-Hochburg gilt, zum erstenmal bis an die 40-Prozent-Grenze. Die Auswirkungen sind beträchtlich und waren unmittelbar nach der Wahl absehbar. Das rot-grüne Modell hat sich auf Bundes- wie auf Länderebene für absehbare Zeit erledigt. Die SPD ist nun endgültig gezwungen, ihre Identitätsprobleme auszuschwitzen und nicht durch Koalitions-Strategie zu über-tünchen. Und die Grünen scheinen trotz der Zunahme von 3,5 Prozent gerade mit Hessen an eine Wende ihres Erfolgs gekommen zu sein. Die internen Auseinandersetzungen bei den Grünen werden zumal auf Bundesebene nicht lange auf sich warten lassen.

Über all diesen Umschwüngen ist allerdings ein wenig vergessen worden, daß gerade die Hessenwahl mehr Gewöhnliches als Außergewöhnliches bot. Die SPD verlor zwar hoch, die CDU hat aber nur dürftig gewonnen, dürftig deshalb, weil frühere Gewinne viel höher waren und Hessen – von der Wählerschaft her – bereits seit den frühen siebziger Jahren kein klassisches SPD-Land mehr ist. Mag sein, daß der Erfolg für die CDU bei den weiteren Landtagswahlen zum Selbstläufer wird. Aber sicher ist das nicht. Das ebenfalls überraschende Ergebnis vom 25. Januar sollte die CDU scheiden machen.

Unter Druck

Der Kirchentag, Südafrika und die Deutsche Bank

Ganz wohl war dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages bei seiner am 14. März getroffenen Entscheidung, die Geschäftsbeziehungen des Kirchentages zur Deutschen Bank abzubrechen, weil diese sich nicht dazu bereit erklärt hatte, politische Forderungen in Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika einzubringen, offenbar nicht: In der Begründung des Beschlusses wird festgehalten, daß es unter den Mitgliedern des Präsidiums über einen solchen Schritt keine einheitliche Meinung gebe; eine starke Minderheit halte den gefaßten Beschluß aus gewichtigen Gründen für falsch.

Tatsächlich bedeutet die Entscheidung des Kirchentagspräsidiums, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank einzustellen, eine *Kehrtwendung*. In einem am 1. November vergangenen Jahres gefaßten Beschluß hatte es noch geheißt: „Das Präsidium konnte mehrheitlich nicht zu der Überzeugung kommen, daß ein völliger Abbruch von Geschäftsbeziehungen ein vom Bekenntnis gebotener, dem Kirchentag gemäßer oder im Blick auf die Aufgaben des Kirchentages verantwortbarer Beitrag zur Überwindung der Apartheid wäre.“ In einem ausführlichen Brief hatte das Präsidium damals versucht, seine Haltung gegenüber den Gruppen zu rechtfertigen, die unter Berufung auf entsprechende Beschlüsse und Richtlinien des ÖRK den Bruch mit in Südafrika engagierten Banken als notwendige Konsequenz aus der Verurteilung der Apartheid betrachten.

Genau diese Gruppen haben sich jetzt durchgesetzt. Ein beträchtlicher Teil der zur Mitwirkung am bevorstehenden Frankfurter Kirchentag eingeladenen Gruppen hatte die Teilnahme von einer grundsätzlichen Entscheidung des Präsidiums zum Abbruch

der Geschäftsbeziehungen mit der Deutschen Bank abhängig gemacht. Mit seinem Beschluß vom 14. März hat sich das Präsidium jetzt Luft verschafft und einen gewichtigen Stolperstein für einen reibungslosen Ablauf des Frankfurter Kirchentages aus dem Weg geräumt, der von den Teilnehmerzahlen her seine Vorgänger vermutlich noch einmal übertreffen wird. Allerdings hat sich die Kirchentagsleitung mit ihrer umstrittenen Entscheidung neue Spannungen eingehandelt: Der *Rat der EKD* distanzierte sich auf seiner Sitzung Ende März von der Kirchentagsentscheidung mit der Begründung, der Kirchentag müsse ein Forum für offene und faire Diskussion über die Konsequenzen des christlichen Glaubens in unserer Welt bleiben.

Der Südafrika-Beschluß ist ein weiterer Beleg dafür, wie schwer es dem Kirchentag fällt, die beiden ihn charakterisierenden *Grundelemente* zusammenzuhalten: Er lebt zu einem guten Teil vom *Engagement kritischer Gruppen* mit dezidierten Standpunkten zu Frieden, Umwelt und Dritter Welt, gleichzeitig will er aber ein offenes Forum für alle Strömungen und Richtungen in Kirche und Gesellschaft sein. Auf den Kirchentagen von Hamburg (1981) und Hannover (1983) war es nur mit einiger Mühe gelungen, das große Protestantentreffen nicht zu sehr in den einseitigen Sog der christlichen Friedensbewegung geraten zu lassen. Die Entscheidung, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank abubrechen, leitet jetzt zusätzlich Wasser auf die Mühlen derjenigen, die den Kirchentag schon seit einiger Zeit für einen Tummelplatz von Protest- und Aktionsgruppen halten und ihm theologische und politische Einseitigkeit vorwerfen. Für das weitere Bild des Kirchentages in Kirche und Öffentlichkeit wird jetzt einiges davon abhängen, inwieweit der Verlauf des Frankfurter Kirchentages vom 17. bis 21. Juni dieses Jahres solche Urteile Lügen strafen kann.

Die in der Aktionskampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ zusammengeschlossenen Gruppen sehen in der

Südafrika-Entscheidung des Kirchentagspräsidiums einen ersten Schritt, ein „Signal für Christen und Kirchen in der Bundesrepublik, jetzt dasselbe zu tun“ (so einer der Sprecher der Aktionskampagne in einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“, 29. 3. 87). Schon dadurch wird klar, daß es nicht einfach nur um den Kirchentag geht. Die Kündigung von Konten bei der Deutschen Bank oder anderen in Südafrika tätigen Geldinstituten ist für viele Gruppen eine *Bekennnisfrage*, eine unausweichliche Konsequenz aus der Absage an die Verurteilung der Apartheid als Sünde. Wie schon bei der Abschreckung mit Nuklearwaffen wird auch hier der „Status confessionis“ ausgerufen. Die Diskussion um Frieden und Abrüstung hat also inzwischen gezeigt, daß mit steilen Bekenntnissen weder ethisch noch politisch viel gewonnen ist. Für die Südafrika-Frage gilt mutatis mutandis das gleiche. *ru*

Systemzwang

Wenig Anzeichen für eine konziliantere sowjetische Religionspolitik

Während Parteichef *Michail Gorbatschow* innenpolitisch seinen *Kurs der Umgestaltung* („Perestroika“) gegen offensichtlichen Widerstand in Partei, Wirtschaft und Verwaltung festzuhalten scheint und auf der Suche nach einem seine innenpolitische Öffnung erleichternden außenpolitischen Erfolg die Weltöffentlichkeit fast jede Woche mit neu variierten oder erweiterten Abrüstungsvorschlägen umwirbt, ist in der sowjetischen Menschenrechts- und speziell in der Religionspolitik noch kaum Land in Sicht.

Zwar fehlte es nicht an einzelnen, spektakulären Aktionen bzw. Gesten auch in dieser Richtung – man denke nur an den Fall Sacharow. Aber wo es um die vielen Gewissensgefangenen kleineren Kalibers geht, ist nicht viel an Fortschritt zu erkennen. So ist die nachdrücklicher denn je erhobene Forderung nach Unterbindung des

Mißbrauchs der Psychiatrie zu politischen Zwecken bisher ohne nennenswerte Wirkung geblieben. Verschiedene *Gewissensgefangene* aus religiösen Gründen wurden zwar in Freiheit gesetzt, wenn sie, wie der litauische Professor, *Vytautas Skuodis*, es den Behörden schriftlich gegeben hatten, daß sie keine antisozialistische Tätigkeit mehr ausüben würden. Andere aber, die sich dem „Gnadenweg“ verweigerten und ihre Rehabilitation betreiben, wie z. B. *Gleb Jakunin*, der Gründer des „Komitees zum Schutze der Rechte der Gläubigen“, bevölkern weiterhin Gefängnisse und Lager. Verschiedene Zeichen für die Aktivierung der antireligiösen Propaganda lassen ebenfalls vermuten, daß die Gewährung von mehr Religionsfreiheit (auch im Sinne geringeren politischen Drucks auf die Kirche) nicht unbedingt zu den Inhalten bzw. Zielen des „neuen Denkens“ gehört.

Mag sein, daß es in der sowjetischen Führung Leute gibt, die mehr Spielraum für die Religionsgemeinschaften befürworten oder den ganzen staatsatheistischen Ballast als im Grunde systemhinderlich loshaben möchten, wie manche westlichen Sowjetexperten meinen. Aber mehr spricht dafür, daß auch die gegenwärtige Führung Religionspolitik vorwiegend taktisch-strategisch einzusetzen versucht. Auf deutsch: Gorbatschow braucht zwar auch die Christen als aktive Befürworter seines Kurses, aber kann er sich von der inneren Verfaßtheit der Sowjetunion – auch wegen der vielfachen Verbindung der Religionen mit der Nationalitätenfrage (Orthodoxe, Katholiken, Muslime) – mehr Auflockerung überhaupt leisten?

Man wird im Westen gut daran tun – gerade im Vorfeld der 1000-Jahrfeier der Christianisierung –, sich nicht in Spekulationen über spektakuläre, aber hypothetische Ereignisse – z. B. einer Reise des Papstes nach Moskau und Vilna – zu ergehen, sondern genau im Auge zu behalten, wie sich der Umgang mit den Kirchen und vor allem den Christen in der Sowjetunion selbst, aber auch in deren übrigen osteuropäischem Einfluszbereich gestaltet. *un*